

Thorner Geschichts-Kalender.

3. Juli 1611. Die Stadt feiert die Eroberung von Smolensk durch die Polen.
 • 1623. Erlaß einer Apotheker-Ordnung.
 • 1706. Der Wojewode Potoki, ein Anhänger des Stanislaus Lezhynski trifft hier ein und erhebt eine Kontribution von 203,000 Thymphen.
 4. Juli 1436. Der Hochmeister und König Wladislaw von Polen kommen hier, nach Abschluß des Friedens von Brzeß zusammen.
 • 1462. König Kasimir von Polen kommt hieher und bleibt 7 Wochen.
 • 1763. Ein preussisches Truppendeppassirt auf dem Marsch nach Ostpreußen die Stadt Thorn.

Tagesbericht vom 2. Juli.

Hamburg, 30. Juni. Gestern fanden hier Ausbreitungen der streikenden Arbeiter statt, bei welchen es zu Conflicten zwischen denselben und Polizeibeamten kam. In Folge einer seitens der Polizeibehörde erlassenen Vorladung des Strifeomitè's versammelten sich heute an 2000 Arbeiter während des Verhörs der Comitèmitglieder vor dem Stadthause; die Polizei schritt mit blanker Waffe ein, trieb die Menge auseinander und nahm zahlreiche Verhaftungen vor. Für heute Abend sind umfassende Vorsichtsmaßregeln getroffen worden.

Dresden, 30. Juni, Abends. Die bundesstaatlich-constitutionellen Landtagsabgeordneten Ackermann, Günther, Haberkorn und Genossen haben heute einen Aufruf an Sachlens Reichstagswähler veröffentlicht. Hauptpunkte ihres Programms sind: Die Verfassung des Norddeutschen Bundes zu schützen; jeder Ueberschreitung der Verfassungsgrenzen entgegenzutreten; die völlige Einigung aller deutschen Stämme unter einer und derselben (bundesstaatlich-constitutionellen) Verfassung anzustreben; die Bestrebungen nach Centralisation zu bekämpfen und ganz besonders auf eine wesentliche Verminderung der Ausgaben für das Bundesheer hinzuwirken, soweit solche Verminderung nach der Bundesverfassung und mit Rücksicht auf die Sicherheit des Staates irgendwie statthaft erscheint.

Dresden, 1. Juli. Der Kaiser von Rußland ist mit dem Großfürsten Wladimir heute früh 2 1/2 Uhr hier eingetroffen. Auf dem Bahnhofe waren Prinz Peter von Oldenburg und der russische Gesandte anwesend. Der Kaiser ist nach einem Aufenthalt von 10 Minuten weiter

Zur Begründung eine Gewerbeschule in Thorn.

Mit Rücksicht auf das lebhafteste Interesse, welches die hiesige Einwohnerschaft, namentlich vom Gewerbestande, an dem Plane, eine höhere Gewerbeschule hierorts zu begründen, genommen hat, haben wir uns den Bericht des hiesigen Magistrats über diese Angelegenheit zu beschaffen Gelegenheit genommen, und veröfentlichlichen denselben nachstehend in der Ueberzeugung, den Wünschen derjenigen zu begegnen, welche über die Gründe und Motive der Entschliebung der städtischen Behörden sich näher informiren wollen. Der Bericht lautet:

Der Königlichen Regierung versehen wir nicht in
nebenbemerkter Sache unsern Bericht, wie folgt, gehorsamst
zu erstatten.

Wir haben den uns gemachten Antrag die Begründung einer Gewerbeschule höherer Art betreffend mit Freude begrüßt und diese, für unsere Stadt wichtige Angelegenheit zunächst in einer besondern aus unserm Collegio und aus Stadtverordneten zusammengesetzten Commission von zehn Mitgliedern unter Vorsteh unserer Dirigenten vorberathen. Wir sind in dieser Beziehung mit den Stadtverordneten zu einem im Wesentlichen übereinstimmenden Resultate gelangt und erlauben uns über den Gang dieser Erörterung, der zugleich die Gründe und Motive der Entscheidung enthält, nachstehend ausführlich zu berichten:

1. Schon seit Decennien haben wir in unserm Schulwesen den, wenn auch seither erfolglosen, Versuch gemacht, durch Begründung einer Gewerbeschule oder einer Werberklasse in unserer Stadtschule den gewerblichen Interessen zu Hülfe zu kommen; wir waren auch nichts weniger als abgeneigt, auf den uns unterm 18. Juli 1861 gemachten Antrag der Königlichen Regierung die zur Zeit vorhandene Gewerbeschule zu Graudenz hierher zu verlegen, einzugehen; wir glaubten aber denselben zur Zeit, — wegen anderweiter zeitreicher Bauverpflichtungen im Schul-

gereist, während der Großfürst Wladimir mit Gefolge hier einige Tage verweilen wird. Derselbe ist im Hotel Bellevue abgetreten.

Weimar, 1. Juli, Morgens. Der Kaiser von Rußland ist gestern Abend 10 Uhr mittels Extrazuges nach Warschau abgereist.

Wien, 30. Juni. Die bisher stattgehabten Wahlen der Städte Oberösterreichs und Kärnthens sind in liberalem Sinne ausgefallen.

Pesth, 30. Juni. In der heutigen Unterhausitzung wurde folgende Interpellation gestellt: Nach welchem Gesetze ist es dem Reichskanzler Beust erlaubt worden, in sein Wappen das Wappen Ungarns aufzunehmen? Der Ministerpräsident Graf Andrassy erwiderte hierauf, daß der König von Ungarn ganz nach Belieben das Recht, Wappen zu führen, ertheilen könne; übrigens habe Graf Beust nur die Erlaubniß erhalten, einige Theile des ungarischen Wappens zu führen. Das Unterhaus nahm diese Erklärung fast einstimmig zur Kenntniß.

Provinzial-Landtag.

Die fünfte Sitzung des Provinzial-Landtages am 24. d. Mts. hatte nur die Renewahl der Provinzial-Chauffeebau-Commission und die Beschlussnahme über vier Petitionen zum Gegenstande. In erstere wurden erwählt:

Für den Regierungsbezirk Martenwerder als Mit-

Graf zu Eulenburg — Widen
Haase — Gratidenz
Weisse — Deutsch Damerau
Zu Stellvertretern:
v. Zychlinski — Dyk
Lambert — Thorn
Richert — Dt. Westphalen

Die Petition der städtischen Behörden von Graudenz wegen Erbauung einer festen Weichselbrücke auf Staatskosten wurde durch Uebergang zur Tagesordnung erledigt, weil, so beklagenswerth auch die überaus missliche Lage erschien, in welche die Stadt Graudenz nach Eröffnung der Thorn-Insterburger Eisenbahn zu gerathen droht, den gegenwärtigen vielen Anforderungen an die Königl. Staatsregierung und den bereits vorliegenden abschlägigen Bescheiden gegenüber, eine nochmalige Befürwortung des Gesuchs als jedenfalls resultatlos zu erachten.

Eine gleiche Erledigung erfuhr eine Petition des landwirthschaftlichen Central-Vereins für Litthauen und Masuren wegen zweckmäßiger Umwandlung und gerechter

wesen, — dann aber auch hauptsächlich mit aus dem Grunde ablehnen zu müssen, weil es uns, — gewissermaßen aus Anstandsgründen, — geboten erschien, nicht durch unsere Offerte die Schwierigkeiten zu vermehren, welche unsere Nachbarstadt Graudenz im Interesse der Erhaltung ihrer Gewerbeschule zu überwinden bestrebt war. Gegenwärtig, — wo es sich um die Begründung einer Gewerbeschule höherer Art handelt, und die Stadt Graudenz, durch den Aufwand ihres neu begründeten Gymnasiums stark in Anspruch genommen, — kaum in der Lage sein dürfte, auf den vorliegenden Antrag einzugehen, fällt obengedachter Grund hinweg.

2. Unser Schulwesen mit seinem seit mehr als 300 Jahren bestehendem Gymnasium hat bekanntlich als ein Stüppunkt deutscher Cultur und evangelischen Lebens unter polnischer Herrschaft seine historische Bedeutung; auch die neueste Zeit wird der städtischen Verwaltung das Anerkenntniß nicht versagen, diesen wichtigen Gegenstand ihres Berufs mit Vorliebe gepflegt zu haben. Es ist namentlich und hauptsächlich mit städtischen Fonds die Realschule 1. Classe dem Gymnasium angefügt worden. Es geschah dies vor ca. 15 Jahren in dem allein von der Stadt errichteten Gymnasialgebäude in der Voraussetzung und in dem Glauben, daß die Pflege der Realwissenschaften unmittelbar den gewerblichen Interessen und ihrer höhern Ausbildung würde zu Gute kommen.

Diese Voraussetzung war eine irrthümliche; für andere Berufsclassen, aber nicht für das Gewerbe werden die Realclassen benutzt.

Es ist in denselben nicht ein Schüler ausgebildet worden, der sich den höheren Gewerbsinteressen gewidmet hätte. Unsere höchst bedeutenden Leistungen sind daher nach dieser Richtung verfehlt; wir bekennen, daß wir anderweitige Opfer bringen müssen, um denselben Rechnung zu tragen.

3. In unserer Stadt ist von einem gewerblichen

Vertheilung der Abgaben an Kirche und Schule, was bereits Gegenstand und Aufgabe der Landesgesetzgebung geworden, ferner eine Petition des Magistrats Muhlack wegen anderweiter Repartition der Provinzial-Chaussee-Abgaben, da nicht anzuerkennen, daß die bisherige Art derselben sich als unpractisch oder ungerecht herausgestellt und endlich eine Petition des Kreises Pr.-Ehlau um Bewilligung einer Bauprämie von 4000 Thlr. zur Wiederherstellung der Actienchausee von Damerau nach Berwangen, weil der Prämiensfond's nicht einmal ausreichte, die begonnenen Nothstands-Chausseen angemessen zu subventioniren.

Deutschland.

Berlin, den 2. Juli. Die Bundesstreue der medlenburgischen Regierung, die von der letztern nicht minder als von den preussischen Konservativen so häufig betont wird, gipfelt in dem Streben, der Ausbildung der norddeutschen Bundesverfassung, beziehungsweise der Erweiterung der Bundeskompetenz den entschiedensten Widerstand entgegen zu setzen. Ein der medlenburgischen Regierung nahestehender Korrespondent der Grenzzeitung, der über die Tendenz der medlenburgischen Liberalen klagt, in den Boden der Bundesverfassung durch den § 78 derselben ein Loch nach dem andern zu machen, und so das Fundament, von welchem man sich einstweilen trügen läßt, möglichst bald und gründlich zu unterhöhlen, präzisirt die Aufgabe eines medlenburgischen Abgeordneten zum Reichstage dahin, daß derselbe sich mit gewissenhaftem Ernst auf den Boden der Bundesverfassung stelle und jeder Erweiterung der Bundeskompetenz mit Entschiedenheit entgegenrete. „Wenn die Konservativen hier im Lande und in Preußen — heißt es wörtlich — ihre Schuldigkeit thun, so wird ein den konservativen Interessen günstiges Wahlergebniß zu erzielen sein, und es steht zu hoffen, daß dann der für die mit Preußen verbündeten Staaten unerträglichen Unistzungsstendenz ein Ende gemacht wird.“ Wäre die medlenburgische Regierung von wahrer Bundesstreue erfüllt, würde ihre Bundespolitik von dem einsichtigen Streben diktiert, in Gemeinschaft mit Preußen die letzten Zwecke des Bundes, seine Erweiterung zum deutschen Reiche, so bald als möglich zur Erfüllung zu bringen, verstände sie es anßerdem den billigen Forderungen ihrer eigenen Unterthanen gerecht zu werden: so würde sie jene Unistzungsstendenz nicht im mindesten zu fürchten haben. Getragen von der Liebe ihrer Unterthanen und geachtet von der deutschen Nation wegen ihrer echt nationalen Haltung, könnte sie

Aufschwung oder industriellen Fortschritte nicht die Rede, wir glauben, daß nachdem jetzt alle Schranken und Maßgaben der Gewerthätigkeit in der Gewerbefreiheit und auch im Wegfall des Prüfungswesens geschwunden sind, die Gewerbe in ihrer Entwicklung und unter dem Druck der Concurrenz fabrikmäßigen Betriebes, der zur Zeit hier fehlt, noch mehr in ihrer Bedeutung herabsinken müssen, wenn ihnen nicht mit positiven Mitteln zu Hülfe gekommen wird; — wir erkennen es an, daß diese Hülfe sogleich vorerst nur in der Schöpfung von Pflanzstätten einer höhern gewerblichen Intelligenz zu suchen ist, und erwarten von dieser das Uebrige. Wir glauben auch, daß gerade unsere Stadt, — die größte und gewissermaßen die Mutterstadt der übrigen im Regierungsbezirk, — wohl dazu berufen ist, auch in dieser Richtung ein Mittelpunkt gewerblicher Intelligenz zu werden. Die Erleichterung der Communication als Knotenpunkt der Eisenbahnen wird dem gewiß förderlich sein. Es dürfte sich die hiesige Stadt auch aus Gründen der Billigkeit vorzugsweise dazu empfehlen, als sie bis jetzt lediglich auf sich und die unabweisbar hier locirten Königl. Behörden angewiesen gewesen ist, während alle übrigen Reichsstädte Gießen, Schwez, Graudenz, Marienwerder, mit der Installation Königl. oder Ständischer Behörden und Institute gesamt bedacht worden sind. Außerdem drückt auf unsere social und gewerblich freie Entwicklung die unüberwindliche Schranke des Festungswesens mit seinem Rationellkeitz in einer Weise, daß die fabrikmäßige Industrie geradezu behindert, oder doch erschwert und genöthigt wird, außerhalb des Gemeindeverbandes ihre Stätte zu suchen.

4. Was nun die Hauptsache, nämlich die Bedingungen anbetrißt, unter welchen uns die Begründung einer höhern Gewerbeschule geboten wird, so haben wir gegen deren Organisation und namentlich gegen deren Stellung als König. Institut, ohne Betheiligung der Gemeindeverwaltung durchaus nichts zu erinnern; dagegen befinden

allen kommenden Stürmen mit größter Ruhe entgegen-
sehen; der sogenannte mecklenburgische Boden würde sicher
„festgehalten“ werden. Aber die Aufrechterhaltung des
Feudalwesens in Mecklenburg und die Begünstigung der
Kleinrenterei in Deutschland, welches die eigentlichen
Zielpunkte der mecklenburgischen Regierung sind, die be-
kanntlich nur durch die zwingende Nothwendigkeit zur Auer-
kennung der neuen Ordnung der Dinge in Deutschland
getrieben, (waren doch die Mühschirme der mecklenbur-
gischen Soldaten noch nicht fertig, als der Feldzug gegen
Oesterreich längst entschieden, von dem Schreiben des
Großherzogs von Mecklenburg-Schwerin gar nicht zu re-
den, welches derselbe im Juni 1866 an den Kaiser Franz
Josef richtete) müssen die leitende Macht des norddeut-
schen Bundes ebenso mißtrauisch gegen die mecklenburgi-
sche Regierung machen, als sie der nationalen Partei in
Mecklenburg und dem Bunde die Pflicht auferlegen, die
Kompetenz des Bundes möglichst auf alle Zweige der
Staatsverwaltung auszudehnen, um die norddeutschen
Brüder in Mecklenburg in den Besitz constitutioneller
Rechte zu setzen und die deutsche Nation gegen die Ver-
irrungen derjenigen zu schützen, welche nur scheinbar ihre
Stütze im Bunde suchen, in Wahrheit aber die Gegner
des Nordbundes als ihre wirklichen Freunde betrachten.

— Eine Anzahl hiesiger Bürger ist zu einem
Comité zusammengetreten, um am 3. August, dem Säcu-
lartage König Friedrich Wilhelm III. einen Verein zu
konstituieren, der durch laufende Besteuerung seiner Mit-
glieder und andere geeignete Beiträge die Mittel zur Er-
richtung eines Reformationsdenkmals aufbringen
will, um so das Andenken an die „größte That des Jahr-
hunderts“, an die von König Friedrich Wilhelm III. ge-
gründete Union, zu ehren. Für das Denkmal, eine Trio-
gruppe Luthers, Melancthon's und Calvin's, ist der Vor-
hof der Universität in Aussicht genommen. Das Project
ist jedoch noch so embryonisch und von seiner Realisirung
noch so weit entfernt, daß es, vorläufig wenigstens keinen
Anspruch auf Beachtung hat.

— Im Finanzministerium hat nunmehr die
Gesamtaufstellung des Preussischen Stats für das Jahr
1871 ihren Anfang genommen, nachdem die Spezialstats
der einzelnen Ressorts bis gestern eingereicht worden sind.

— Der Handelsminister hat sich in einem
Circular an die Direktoren der Staatseisenbahnen ange-
sehen, der günstigen Aufnahme, welcher sich die
Rundreisebilletts bei dem Publikum erfreuen, für die
allgemeine Einführung derselben ausgesprochen. Der Mi-
nister giebt anheim, eine Ermäßigung bis zu 33 Prozent
des etatsmäßigen Tarifs eintreten zu lassen.

Der Bundesgesandte in Petersburg ist ermäch-
tigt worden den im Innern Rußlands lebenden militär-
pflichtigen Bundesangehörigen auf ihren Antrag, auch
wenn ihnen bereits Gestellungsbordres von der heimat-
lichen Ersatzbehörde zugegangen sind, amtliche Bescheinigun-
gen dahin auszustellen, daß sie bis zu ihrem dritten
Konferenzjahre von der persönlichen Gestellung vor die
Ersatzbehörden befreit sind. Die eigenthümlichen Verhält-
nisse Rußlands ließen eine solche Erleichterung dringend
geboten erscheinen.

Wie man der „Z. G.“ mittheilt, wird jetzt darüber
verhandelt, Cautelen zu gewinnen, daß für die Folge
nicht wieder der Fall vorkommen kann, Abgeordnete mo-
natelang mit voller Berechtigung an den Verhandlungen
des Preussischen Landtages theilnehmen zu sehen, die
nichts desto weniger demnachst den Eid auf die Ver-
fassung verweigern, ja von denen man dies mit Sicher-

heit voraus weiß, da sie wiederholt das Manöver ge-
macht haben. (Das Organ des Hrn. Wagner meint
hiermit die schleswig-holsteinischen Abgg. Krüger und
Ahlmann) Ueber die Art und Weise, wie das geschehen
soll, führt die genannte Correspondenz weiter aus: „Nach
unserer Auffassung liegt die Sache sehr einfach. Art. 108
der Verf. Urk. verleiht der Reg. das unzweifelhafte Recht,
zu verlangen, daß Niemand die Rechte eines Abgeordneten
ausübt, der nicht den Eid auf die Verfassung geleistet
hat, und wenn die bisherige Praxis die Vereidigung bis
nach der Legitimationsprüfung ausgesetzt hat, so ist dies
nur dadurch zu erklären u. zu rechtfertigen, daß man da-
bei von der Voraussetzung ausging, daß kein gewissen-
hafter Mann eine Wahl annehmen könne und werde,
wenn er nicht bereit sei, die bekannte unabwiesliche Be-
dingung zu erfüllen. Wir meinen, daß die Ehre des
Abgeordnetenhauses selbst es gebietet, mit seiner Mitglieds-
schaft nicht länger Comödie spielen zu lassen.“ Recht
schön! aber die Geschäftsordnung, nach der solche Dinge
behandelt werden, giebt sich das Abgeordnetenhaus selbst
und nicht die Regierung oder die „Feindliche Correspon-
denz“, an dem Abgeordnetenhaus und seinen Mitgliedern
wird es also sein, zu beschließen, ob hier eine Aenderung
eintreten soll, oder nicht.

— Der Kronprinz fuhr am 1. d. Abends mit
dem Courierzuge nach Breslau, um den Kaiser von Ruß-
land auf der Durchreise zu begrüßen.

— Die Kreuzzeitung bezeichnet, wie vorauszu-
sehen war, die Nachricht der „Elb. Ztg.“ über die er-
folgte Ernennung eines Feldmarschalls zur Feier des 3.
August als Erfindung. Wie die sonst so vorsichtige Re-
daction des genannten Blattes auf eine so handgreifliche
Ente hineinfallen konnte, ist allerdings schwer begreiflich.

— Die ländliche Zurückgezogenheit des Grafen
Bismarck ist durch den Besuch des Hauptarbeitswerkzeu-
ges des Bundeskanzlers, des Legationsraths Bucher, in
Varzin wieder unterbrochen. Er scheint die letzte Hand
an die Wahlvorbereitungen gelegt zu haben.

— Die mündliche Verhandlung gegen den
des Hochverraths angeklagten Grafen Taczanowski, der
sich neuerdings den Behörden freiwillig stellte, findet am
5. und 6. vor dem zum Staatsgerichtshof konstituirten
Kammergerichte statt. Die Vertheidigung hat Herr
Rechtsanwalt Lent aus Breslau übernommen, der auch
im großen Polenproceß als Defensor fungirte.

— Besuch Napoleons III. in Ems. In wohl-
unterrichteten Kreisen ist die Nachricht von einem Be-
suche des Kaisers Napoleon III. bei König Wilhelm in
Ems vorbereitet, welcher als Gegenbesuch angesehen wird
für den Besuch den König Wilhelm in Gemeinschaft mit
dem Kaiser von Rußland im Jahre 1868 in Paris ab-
stammte.

— Durch Circular-Erlaß vom 20. Juni d.
J. hat der Cultusminister die Verordnung vom Jahre
1845 wegen der Zulassung zur Prüfung und Anstellung
der Kandidaten der Theologie dahin modificirt, daß in
Zukunft ohne alle Einführung den Kandidaten der Theo-
logie nicht nur aus den neuen Provinzen sondern auch
den übrigen Bundesländern die Anstellung in allen Pro-
vinzen gestattet werde.

— Staatsminister Delbrück wird sofort nach
der Enthüllungsfeier des Denkmals König Friedrich
Wilhelm III. eine längere Urlaubsreise nach dem Süden
antreten.

— Mit dem 1. Juli trat für den Correspondenz-
verkehr zwischen dem norddeutschen Bunde und Großbri-

erlegt werden darf. Selbst der Umstand einer nicht zu
fern liegenden Gefahr, daß es der neuen Anstalt geradezu
an der genügenden Zahl der Schüler zu ihrer dauernden
Subsistenz fehlen könnte, fällt bei einer kleinern Gemeinde
dergestalt in's Gewicht, daß er schon bei der Begründung
einer reiflichen Beachtung werth erscheint. Wie es mit
unserm Stadthaushalt, insbesondere mit unsern bedenden-
den Leistungen für's Schulwesen sich verhält, glauben
wir hier nicht näher anführen zu dürfen, wir nehmen auf die ver-
öffentlichten Stats und Jahresberichte Bezug. Wir glauben
aber, als fernere Motive unserer Offerte hervorhe-
ben zu müssen, daß die Bevölkerung unserer Stadt nur
allmählig und keineswegs im Verhältniß gegen andere
Städte z. B. Bromberg, in der Zunahme begriffen, daß
selbst die Eisenbahnen, vorausichtlich nur den durchge-
henden und Expeditionsverkehr, nicht aber den eigentlichen
Handel und Gewerbsverkehr der Stadt wesentlich zu stei-
gern im Stande sein werden, und daß mit einem Worte
die Leistungsfähigkeit derselben überhaupt für die Zukunft
eine erhebliche Zunahme nicht erwarten läßt. Dabei setzt
uns die wahrcheinliche Aufhebung der Wahl- und Schlacht-
steuer mit ihren Consequenzen in nicht geringe Besorgniß.

In Erwägung aller dieser Umstände haben wir im
Einverständnisse mit den Stadtverordneten beschloffen, zur
Unterhaltung der neuen Gewerbeschule einen festen jähr-
lichen Beitrag von Eintausend Thalern aus Stadtmitteln
zu gewähren.

Nach dem gedachten Plane soll ferner die Gemeinde,
in deren Bezirk eine Gewerbeschule errichtet wird, das
Local mit seiner vorgeschriebenen Ausstattung — nach
dem Voranschlage im Werthe von 30—50,000 Thlr. ge-
währen. Abgesehen von den obigen Motiven, aus wel-
chen diese Zumuthung gegen eine kleinere Gemeinde be-
sonders schwer und bedenklich erscheinen läßt, kommt hier
der besondere Umstand in Betracht, daß wir aus localen
Gründen uns in der Unmöglichkeit zu befinden glauben,
dem Anspruche zu genügen. Unsere eigentliche Stadt,

tanten ein neuer Tarif in Kraft, welcher mannigfache
Erleichterungen schafft. Das Gesamtporto beträgt dar-
nach für den einfachen, bis 1 Loth schweren frankirten
Brief 2 1/2 Sgr. resp. 9 Kreuzer, für den unfrankirten
Brief 5 Groschen oder 18 Kr. pro 1/2 Unze (1/20 Loth.)
Druckfachen und Waarenproben müssen frankirt werden
mit 1/4 Gr. oder 3 Kr. pro 2 1/2 Loth. Zeitungspacete
können ein Gewicht von 5 Pfund, andere Druckfachen ein
solches von 3 Pfund, Waarensendungen im Maximum
15 Loth, Taback nur 13 1/2 Loth, Seide nur ein solches
von 6 Loth haben. Die Rekommandationsgebühr beträgt
außer dem Porto 2 Gr. oder 7 Kr.

— In Militär- und Marine-Angelegen-
heiten sind, wie das General-Postamt unterm 29. Juni
verordnet, fortan auch Sendungen von und an Gendar-
men, sowie Sendungen der Gendarmen unter einander
portofrei zu befördern, falls die Sendungen im übrigen
den Festsetzungen des Regulativs über die Portofreiheiten
im norddeutschen Postgebiete vom 15. Dezember 1869
entsprechen.

— Romisches Duell. Am 29. v. M. Morgens
 fand im Grunewald, in der Nähe des bekannten Ausflugs-
orts „Spandauer See“ ein Pistolenduell zwischen
zwei — — Kellnern statt, das glücklicherweise ohne
ernste Folgen abließ, da es mit einem Streichschuß an der
Hüfte des einen Serviettenhelden endete. Die tödtliche
Feindschaft der Paultanten entsprang einer ganz gewöhn-
lichen Schimpferei. Das Romische bei der Sache war,
daß der verwundete Duellant, wohl in Vorahnung seines
Pechs, die Polizei von dem beabsichtigten Zweikampf in
Kenntniß gesetzt hatte, aber erst so spät, daß die Beamten
nur das mehr bespötelnde als bemitleidenswerthe Opfer
und die Sekundanten, halberwachsene Jungen von 18—19
Jahren, antrafen, denen der nachfolgende Kriminalproceß
wohl für immer die Lust zur Spielerei mit Schießgewehren
nehmen wird.

Ausland.

Frankreich. (s. d. gestr. Tel. Dep.) Gesetzgebender
Körper. Discussion über den Gesetzentwurf betreffend die
Normirung des Contingents pro 1870 auf 90,000 Mann.
Latour spricht sich für Festhaltung dieses Bestandes aus
Gründen der politischen Lage aus. Garnier-Pagès be-
kämpft die übertriebene Höhe des Contingents und for-
dert Verminderung der activen Armee, Verkürzung der
Dienstzeit und Entwaflnung. Frankreich brauchte keine
Macht zu fürchten, wenn nur seine Politik Niemanden
bedrohe. Der Kriegsminister General Leboeuf sprach gegen
die Ausführungen des Vorredners und erklärte, daß die
von demselben verlangten Herabsetzungen des Contingents
und der Dienstzeit unvereinbar seien mit den gebieteri-
schen Anforderungen der nationalen Vertheidigung. Ein
Effectivbestand, wie er für eine neutrale Macht ausrei-
chend sei, sei eben für Frankreich nicht genügend, welches
in Europa eine politische Mission zu erfüllen habe. Aus
diesen Gründen müsse die Regierung auf die Aufrechter-
haltung des gegenwärtigen Effectivbestandes der activen
Armee bestehen. Was die Entwaflnungsfrage anlange,
so sei die Herabminderung des Contingents um 10,000
Mann von 100,000 auf 90,000 ein Beispiel, das Frank-
reich gegeben, das aber bis jetzt noch Niemand befolgt
habe. Die Contingente der auswärtigen Mächte seien
nicht verändert worden, im Gegentheil. Preußen werde
wie im vergangenen Jahre 95,000 Mann einstellen.
„Wenn ich eingewilligt habe, unser Contingent um

durch die Festungsanlagen eingeengt, entbehrt jedenfalls
im Privatbesitz der Räumlichkeiten, welche eine Anstalt,
wie eine Gewerbeschule mit großem Hofraume und wo-
möglich Gartenanlage bedarf; jedenfalls wären sie nur
nothdürftig und mit ungewöhnlichen Opfern zu beschaffen.
Fiskus besitzt dergleichen Localitäten; bei der Vertheilung
des Gegenstandes wurden die disponible gewordenen
Räume der fisciellen Salzspeicher, so wie auch der große
auf dem alten Schloß belegene Gartenplatz des Militär-
fiscus, welchen derselbe vor etwa 50 Jahren von der
Stadt für 1200 Thlr. zu Festungszwecken erworben, aber
unverwendet gelassen hat, als wohl geeignet bezeichnet. —
es zulässig ist, die Gewerbeschule auf der Vorstadt, der
diesem Falle, doch wohl nur erst im 3. Raponbezirk, der
nur Massivbau gestattet, — zu errichten, wissen wir nicht.
Genug wir bekennen, die Schwierigkeiten in Beschaffung
des Locals zu überwinden, nicht im Stande zu sein; da-
gegen offeriren wir einen Beitrag hierzu von Zwanzig-
tausend Thalern.

Der von uns bestätigte Beschluß der Stadtverordne-
ten geht dahin,
daß aus städtischen Mitteln Behufs Begründung
der Gewerbeschule nach den Plänen vom 21. März
1870 und zwar zu den Unterhaltungskosten derselben
jährlich ein Zuschuß von Eintausend Thalern, so lang
die Anstalt als solche hier am Orte besteht, und
ferner zum Bau und sonstiger Voraleinrichtung von
selben vom Tage ihrer Eröffnung ein Beitrag von
zwanzigtausend Thalern mit der Maßgabe gezahlt
werden soll, daß im Fall die Anstalt aus irgend
einem Grunde aufgehoben, oder nach einem an-
dern Orte verlegt werden soll, die Staatsregierung
verpflichtet ist, diesen Beitrag der 20,000 Thalern
wieder zurück zu zahlen. Wir bitten die königliche
Regierung gehorsamst, unsern ehrerbietigen Antrag
bei dem Herrn Minister hochgeneigtest zu befür-
worten.“

wir uns außer Stande, die materiellen Leistungen in
dem Umfange zu übernehmen, wie es verlangt wird.
Den größern Städten, die meist ähnliche Institute gehabt
haben, und die schon in ihrer größern und industri-
ellern Gewerbesbevölkerung eine wesentlichere Ausnutzung
einer solchen Anstalt finden, kann dies zugemuthet werden,
und gereicht ihnen zum directen höhern Vortheil; für
unsere Stadt kann dies nur in geringerem Grade behaup-
tet werden, ja wir können den Zweifel nicht unterdrücken,
daß eine Gewerbeschule hierorts, — so wichtig sie als
einziges Institut des Regierungs-Bezirks erscheint, doch
aus naheliegenden Gründen gleichen Instituten in Resi-
denz- und großen See- und Handelsstädten schon in der
Frequenz wesentlich nachstehen dürfte. Wenn aber
der Aufwand, den eine höhere Gewerbeschule erfordert,
gleich groß ist, möge sie in einer großen oder kleinern
Stadt begründet werden, so ist doch der Vortheil für
erstere aus einer solchen Anstalt viel größer und dagegen
der der kleinern Stadt in gleicher Höhe zugemuthete Beitrag
ein so hochgestellter, daß er mit den Vortheilen nicht mehr
in ein Verhältniß gebracht werden kann. Wir glauben
daher vorweg unsere Ueberzeugung dahin aussprechen zu
können, daß es uns unbillig und daher unzulässig
erscheint, die Beitragspflicht der Gemeinden, in deren Be-
zirk eine Gewerbeschule zu errichten, nach dem Plane vom
21. März 1870 ohne Rücksicht auf die Größe der
Gemeinden zu bemessen; wir finden aber auch unsere
Ansicht in dem Plane wenigstens in der allgemeinen Fas-
sung der Bestimmung bestätigt, wonach die Unterhal-
tungskosten

gemeinschaftlich vom Staate und der Gemeinde ge-
tragen werden sollen, —

ohne daß der bestimmte Antheil, etwa die Hälfte zum
Ausdruck gebracht wäre, und wir nehmen somit an, daß
nach billiger Maßgabe der in's Gewicht fallenden Um-
stände der kleinern Gemeinde füglich auch nur ein ver-
hältnißmäßig geringerer Unterhaltungszuschuß auf-

10,000 Mann zu vermindern, so ist dies geschehen, weil ich einen Beweis der Friedfertigkeit des Ministeriums geben wollte." Thiers unterstützt die Regierung. Die Linke irre sich in ihren Anschauungen, der Friede werde aufrecht erhalten, weil Frankreich stark sei, gerade die Ueberzeugung von der Stärke der französischen Armee sei es, die den Frieden verbürge; Oesterreich sei besiegt worden, weil unvorsichtige Herabsetzungen in dem Kriegsbudget es entwaffnet hatten. Der Redner schließt mit den Worten: „Ich beschwöre Sie Alle, Ihre Pflicht als Patrioten und gute Franzosen zu thun.“ Jules Favre verlangt Erklärungen über die auswärtige Politik, und belächelt das Militärgesetz von 1868, indem er die Wiederherstellung der Nationalgarde verlangt. Thiers ergreift nochmals das Wort, um die ihm vom Vorredner beigelegte Bezeichnung als Ministerieller zurückzuweisen; er erklärt, die volle Freiheit sei zwar noch nicht erreicht, aber es seien einige Schritte zu ihr gemacht worden. Zwei Bedingungen gebe es für den Frieden, die erste sei, daß Frankreich friedlich, die zweite, daß es stark sei. Vor 1866 sei Europa im Friedensstande gewesen, seit dieser Zeit aber lebe es auf dem Kriegsfuße. Für Preußen sei es förderlich, friedfertig zu sein, um Süddeutschland an sich zu ziehen. Hierauf sprach Olivier, der sich besonders gegen Favre wandte, um zu erklären, daß die Regierung in keiner Weise beunruhigt sei, er könne erklären, daß zu keiner Zeit die Erhaltung des Friedens mehr gesichert wäre, als gegenwärtig. Nirgends gebe es eine aufregende Frage, die Cabinet begreifen, daß die Verträge aufrecht erhalten werden müssen. Der Pariser Vertrag von 1856 und der Prager Frieden werden als Verträge betrachtet, welche respectirt werden müßten; wenn man frage, was die Regierung gethan habe, so erwidere er, sie habe viel gethan, sie habe nämlich die Freiheit entwickelt, um den Frieden zu sichern, sie habe etwas noch Wirksameres gethan, indem sie die zwischen der Nation und dem Souverän herrschende Einigkeit zum äußeren Ausdruck gebracht habe. (Beifall.) Mit einem Worte, die Regierung habe das französische Sadoma gewonnen, nämlich das Plebisit. Dem Worte Sadoma wolle er hierbei weder die Idee des Sieges oder der Niederlage beilegen, sondern er wolle damit ausdrücken, daß das Plebisit der französischen Politik dieselbe Stärke verliehen habe, wie Sadoma Preußen. Diplomatische Actenstücke habe die Regierung der Kammer nicht mitzutheilen, weil es seit dem 2. Januar keine diplomatische Angelegenheit gegeben habe, die soweit gediehen sei, daß man die betreffenden Actenstücke veröffentlichen könne. Es könnte sich hierbei nur um das Concil handeln, und hier wäre die Publication verfrüht. Zum Schluß wendet sich noch Olivier gegen die von Favre gemachte Unterstellung, als ob der Kaiser den Willen des Ministeriums annullire, indem er versichert, daß kein Souverän loyal und aufrichtiger das parlamentarische System handhabe. Favre bemerkt hierauf, wenn Alles dies richtig sei, warum wolle man dann nicht ent Waffen? Die Kammer will den Redner nicht weiter sprechen lassen. (Aufregung und Lärm.) Die Linke verlangt namentliche Abstimmung darüber, ob die Debatte geschlossen werden soll. Es kommt nicht zur Abstimmung, da ein großer Theil der Deputirten den Saal verlassen hat. Die Sitzung wurde vertagt.

Provinzielles.

Generalsuperintendentur der Provinz Preußen. Man spricht in gut unterrichteten Kreisen von einer nahe bevorstehenden Abberufung des Herrn Dr. Moll, welchem eine einflußreiche Stellung in Berlin auf den Wunsch der höchsten Landesstelle zugebracht sein soll. Als Nachfolger desselben wird der aus den Gebetsbräutereien der Weisenhauskinder bekannte Missions-Inspetktor Fabri genannt.

Danzig, d. 30. d. (D. Z.) Morgen früh wird die erste Strecke der Eisenbahn, welche unsere Stadt mit der Provinz Pommern verbinden soll, dem Verkehr übergeben und damit ein seit lange gehegter Wunsch des Publikums erfüllt. Ungleich wichtiger freilich für den gesamten Handel und Verkehr unserer Stadt und Provinz ist es, daß der Eröffnung der Strecke Danzig-Zoppot auch baldigst diejenige Strecke bis Lauenburg und Stolp folge und wir wollen der Hoffnung Ausdruck geben, daß die Berlin-Stettiner Eisenbahngesellschaft in ihrem und in unserer Aller Interesse die Arbeiten so beschleunigen läßt, daß der Anschluß von Lauenburg nach Stolp schon in nächster Zeit erfolgen kann. Was den Fahrplan der Strecke Danzig Zoppot anbetrifft, so haben wir schon erwähnt, daß von verschiedenen Seiten ein anderes Arrangement der Morgenzüge und zwar der Art gewünscht wird, daß der Zug, der die Kinder zur Schule bringt, nicht 5 Min. vor 8 Uhr, sondern 1/4 Stunde früher und ebenso der zweite von Zoppot abgehende Zug früher als 9 Uhr 56 Min. auf dem Bahnhof eintrifft. Eine in diesem Sinne abgefaßte Petition, welche gestern auf der Börse cirkulirte und welche in Betreff der Nachmittagszüge noch einige Aenderungen für wünschenswerth erklärte, ist der Eisenbahnverwaltung bereits übergeben und wird, wie uns mitgetheilt wird, voraussichtlich auch Berücksichtigung finden. Wir haben früher schon mitgetheilt, daß, falls das Bedürfnis sich herausstellt, auch spät Abends (etwa um 1/2 10 Uhr) ein Zug von Zoppot abgehen wird. Nach den wiederholten Versicherungen der mit der Eisenbahnverwaltung betrauten Beamten wird die Gesellschaft schon in ihrem eigenen Interesse alle gerechtfertigten Forderungen befriedigen.

Es wird sich sehr bald zeigen, in wie weit der Verkehr den Erwartungen, welche man in Bezug auf seine Ausdehnung hegt, entspricht!

Locales.

— **Gesam-Adolph-Verein.** Auf der Provinzialversammlung am 28. u. 29. d. Mts. in Elbing sind für den Schulbau in Pödaursch abermals 100 Thlr. — im Ganzen nun beinahe voll 500 Thlr. — bewilligt worden. In den Vorstand des Provinzialvereins wurde abermals Herr Oberbürgermeistr. Körner mit überwiegender Stimmenmehrheit gewählt.

— **Eisenbahn-Angelegenheit.** Die Ermäßigung der Fahrpreise bei der Dsbahn soll vorläufig noch in Ferne stehen, wie überhaupt fraglich sein, ob eine solche in diesem Jahre noch zu erwarten ist.

— **Musikalisches.** In Polnisch-Trone findet am Sonntag d. 3. d. Mts. ein Gesangsfezt statt, an dem auch eine respectable Anzahl hiesiger Sänger, unter ihnen, gutem Vernehmen nach, auch die Dirigenten der hiesigen Liedertafeln Herr Prof. Dr. Girsch und Justizrath Dr. Meyer, theilnehmen werden.

— **Schulwesen.** Die Sommerferien des Gymnasiums und der städtischen Schulen haben heute, Sonnabend d. 2. d. Mts., ihren Anfang genommen und dauern 4 Wochen.

— **Schwurgericht Chorn.** Beunter Sitzungstag, den 1. Juli. Zur Verhandlung gelangte:

1. die Untersuchungssache gegen den Blühtling Franz Bier-nacki alias Wolinski 48 Jahre alt, mehrfach wegen Diebstahls bestraft.

In der Nacht vom 25. Mai 1867 drangen mehrere Männer in das Wohngebäude des Gutsbesizers Franke zu Schönwalde, mittelst Einbruchs und Einsteigens, ein, mißhandelten die Franke'schen Eheleute, als diese erwachten, und ergriffen die Flucht.

Man fand an dem Bette des Franke ein großes Schlachtmesser und in einer Kammer einen Rod.

Diesen letzteren hat Angekl. zu jener Zeit benutzt und ist ihm in gedachter Nacht abhanden gekommen. Die Frau Franke hat aber auch den Angekl. als einen derjenigen Männer recognoscirt, welche in ihre Schlafstube gedrungen waren.

Angekl. bestreitet jemals in Catharinensflur oder bei Franke gewesen zu sein, sondern will in der Zeit als der qu. Raub-an-fall verübt wurde, in Romben gearbeitet haben, ihm ist aber die Führung dieses Alibibeweises nicht gelungen.

Die Geschworenen sprachen über Angekl. das „Schuldig“ aus und der Gerichtshof verurtheilte denselben wegen versuchten Raubes mit zehnjähriger Zuchthausstrafe und fünfjährige Stellung unter Polizeiaufsicht.

Angekl. hat sich nach Begehung dieses Verbrechens aus hiesiger Gegend entfernt, unter dem Namen „Wolinski“ umher-getrieben, zwei schwere Diebstähle verübt und verbüßt gegenwärtig eine zweijährige Zuchthausstrafe in der Strafanstalt zu Graudenz.

2. den Knecht Johann Blaszkiewicz, 20 Jahre alt, wegen zweier einfacher und eines schweren Diebstahls,

3. den Einwohner Andreas Wisniewski und

4. dessen Ehefrau Johanna geb. Buczkowska wegen Hehlerei.

Blaszkiewicz stand unter der Anklage des Raubes am 23. Februar 1869 vor dem hiesigen Schwurgericht, nachdem er längere Zeit in Untersuchungshaft gewesen, wurde freigesprochen und hat geständlich an demselben Tage einen einfachen, in späterer Zeit aber einen schweren Diebstahl verübt.

Von den gestohlenen Sachen hat der Angekl. Wisniewski Kleinigkeiten an sich genommen, wie er selbst gesteht, will aber nicht gewußt haben, daß dieselben gestohlen waren. Die Frau Wisniewska hat die von Blaszkiewicz gebrachten Gegenstände mit verbraucht.

Die Geschworenen sprachen über Blaszkiewicz und Wisniewski das „Schuldig“ aus, billigten aber Beiden mildernde Umstände zu. In Betreff der Frau Wisniewska lautete das Verdict auf „Nicht schuldig“ und erfolgte die Freisprechung.

Blaszkiewicz wurde mit 9 Monaten Gefängniß, Interdiction und Stellung unter Polizeiaufsicht auf 1 Jahr; Wisniewski mit einer Woche Gefängniß bestraft.

— **Postverkehr.** Die Postexpeditionen sind angewiesen worden, die wegen Abwesenheit des Adressaten beim ersten Bestellsungs-versuch nicht auszubändigenden Werth-Briefe und Pakete auf-zubewahren und den bestellenden Boten auch auf den folgenden Umgängen zu erneuten Bestellsungsverfuchen mitzugeben, bis sich die Unmöglichkeit dazu ergibt. Die Entscheidung über letztere Eventualität steht nicht dem Boten sondern dem ausfertigen den Beamten resp. dem Vorsteher der Postanstalt zu.

Die Distributionsbüchler, welche bei einzelnen Postan-stalten in Stelle der Posteinlieferungscheine für Sendungen mit Werthangabe unter und bis 500 Thlr., sowie für recomman-dirte Sendungen und Postanweisungen in Anwendung kommen, können nach einer Generalverfügung des General-Postamts künftighin auch für Sendungen mit Werthangabe über 500 Thlr. benutzt werden.

Die Correspondenzkarten sind durch Verfügung vom 29. Juni c. auch zu portofreien Schreiben und für solche Sendungen der Behörden zugelassen worden, welche die Ge-bühren und Portobeträge in Form einer Aversionalsumme an die Postverwaltung entrichten. Behörden, welche in diesen Fällen die Correspondenzkarten benutzen wollen, haben dieselben zum Preise von 5 Sgr. pro 100 Stück zu entnehmen; portopflichtige unfrankirte Karten mit der Bezeichnung „portopflichtige Dienst-sache“ werden unfrankirten Karten gleich geachtet und nicht befördert.

— **Sanitäts-Polizeiliches.** Es befinden sich heute, d. 2. d. M. 36 Kranke im Krankenhause, davon 4 am Typhus, 16 an inneren, 12 an äußeren Krankheiten, 6 an Syphilis.

Briefkasten.
Eingefandt.

Das Eingefandt „Bescheidene Anfrage“ ist als anonyme Denunciation zur Veröffentlichung durch unser Blatt nicht geeignet, wohl aber in Form einer Beschwerde an den Magistrat, resp. an den Herrn Stadtbaurath zu richten.

Die Redaktion.

Börsen-Bericht.
Berlin, den 1. Juli. cr.

Sonds:		fest.
Russ. Banknoten	77 3/4	
Warschau 8 Tage	77	
Poln. Pfandbriefe 4 1/2%	70 1/4	
Westpreuß. do. 4 1/2%	80 3/4	
Posener do. neue 4 1/2%	83	
Amerikaner	96 7/8	
Oesterr. Banknoten	84 1/4	
Italiener	58 1/2	
Weizen:		
Juli	71	
Koggen:		leiblos.
loco	49 1/8	
Juli-August	50 3/8	
August-Sept.	52 1/4	
Octbr.-Novbr.	52 1/4	
Rübsl:		
loco	13 5/8	
Herbst	13 1/4	
Spiritus		still.
Juli	16 3/4	
Herbst	16 1/4	

Getreide- und Geldmarkt.

Chorn, den 2. Juli. (Georg Girschfeld.)
Wetter: schön.
Mittags 12 Uhr 19° Wärme.
Bei sehr kleiner Zufuhr Preise unveränd.
Weizen, 123—24 Pfd. 65—66 Thlr., hochbunt 126/7 Pfd. 67—68 Thlr., 129/30 Pfd. 70 Thlr. pro 2125 Pfd.
Koggen, 43 bis 44 Thlr. pro 2000 Pfd.
Gerste, Brauerwaare bis 36 Thlr., Futterwaare 31—33 Rtl.
Hafer, 24—26 Thlr. pr. 1250 Pfd.
Erbsen, Futterwaare 43/44 Thlr., Kochwaare 44—46 Thlr.
Rübsoden: beste Qualität gefragt 2 1/2 Thlr., polnische 2 1/4—2 5/12 Thlr., pr. 100 Pfd.
Spiritus pro 100 Rtl. 80 1/2—15 1/2—15 3/4 Thlr.
Russische Banknoten: 77 1/2 oder 1 Rubel 25 Sgr. 9 Pf.
Danzig, den 1. Juli. Bahnpreise.
Weizen, matt, Preise nicht verändert zu notiren, bezahlt für abfallende Güter 115—126 Pfd. von 61—68 Thlr., bunt 124—26 Pfd. von 68—70 Thlr., für bessere und feine Qualität, 124—129 Pfd. zu 70—73 Thlr. p. Tonne von 2000 Pfd.
Koggen, unverändert, 120—125 Pfd. von 46 1/2—50 1/2 Thlr., Gerste, matt, kleine und große 42—44 1/2 Thlr.
Erbsen, Futter- und Kochwaare 44—47 Thlr.
Hafer, von 44—46 Thlr. pr. 2000 Pfd.
Spiritus, ohne Zufuhr.
Stettin, den 1. Juli, Nachmittags 2 Uhr.
Weizen, loco 69 — 78 per Juli-August und Sept.-Octbr. 77 Thlr.
Koggen, loco 49 1/2—51 1/2, p. Juli-August 50 3/4, pr. Sept.-October 52 1/2.
Rübsl, loco 13 1/2, pr. Juli 13 3/4 Br., per September-Octo-ber 13 1/4.
Spiritus, loco 16 3/4, pr. Juli-August 16 1/4, pr. August-Sept-tembr. 16 1/4.

Preis-Courant

der Mühlen-Administration zu Bromberg
vom 1. Juli. 1870.

Benennung der Fabrikate.	Unverfeuert, pr. 100 Pfd.			Verfeuert, pr. 100 Pfd.		
	thlr.	gr.	pf.	thlr.	gr.	pf.
Weizen-Mehl No. 1	5	18	—	6	19	—
" " " 2	5	4	—	6	5	—
" " " 3	3	22	—	—	—	—
Futter-Mehl " 1	1	22	—	1	22	—
Kleie " 1	1	6	—	1	6	—
Roggen-Mehl No. 1	4	8	—	4	15	—
" " " 2	3	28	—	—	—	—
" " " 3	3	19	—	3	26	—
Gemengt-Mehl "(hausbaden)	3	—	—	3	5	—
Schrot	1	22	—	1	22	—
Futter-Mehl	1	14	—	1	14	—
Kleie	7	6	—	7	19	—
Graupe No. 1	—	—	—	5	29	—
" " 2	5	16	—	—	—	—
" " 3	—	—	—	—	—	—
" " 4	3	20	—	4	3	—
" " 5	4	16	—	4	29	—
Grüße No. 1	4	—	—	4	13	—
" 2	2	22	—	—	—	—
Koch-Mehl	1	18	—	1	18	—
Futter-Mehl	—	—	—	—	—	—

Ämtliche Tagesnotizen

Den 2. Juli. Temperatur: Wärme 12 Grad. Luftdruck 28 Zoll — Strich. Wasserstand: — Fuß 5 Zoll

Beantwortlicher Redakteur in Vertretung Karl Marquart. — Druck und Verlag der Rathsbuchdruckerei von Ernst Lambeck.